

b) Bischof Dr. Josef Stimpfle bereitet Lehrstuhl für Judaistik in Augsburg vor und den Plan vierwöchiger Kurse in Israel für seine angehenden Priester.

Der „Christliche Kommentar“ der „Jerusalem Post“, Nr. 371, vom 3. 11. 1969 berichtet:

... Bischof Dr. Josef Stimpfle hat seit einigen Jahren die Förderung eines Lehrstuhles für Judaistik an der neuen Universität in Augsburg vorbereitet, und sein Besuch hier in Israel bot ihm zugleich Gelegenheit, um sich von israelischen Gelehrten über diesen Plan beraten zu lassen.

Ferner plant Bischof Stimpfle, seine angehenden Priester vor der Weihe nach Israel zu senden, damit sie vier Wochen in dem Land verbringen, wo, wie er sich ausdrückte, „Abraham, unser Vater, im Glauben gelebt hat und wo Jesus das Evangelium des Königreiches Gottes lebte und predigte“. Der Bischof erörterte diese Möglichkeit mit jüdischen und christlichen Gelehrten in Jerusalem und wurde durch das positive Echo seines Planes und unmittelbare Zustimmung der Zufriedenheit für solch einen vierwöchigen Kurs seiner Priesteramts-Kandidaten außerordentlich ermutigt.

Der Bischof betonte, daß er für seine Priesteramts-Kandidaten wünsche, daß diese sich nicht nur den Vorlesungen und den Besuchen der heiligen Stätten widmen sollten, sondern noch mehr, daß sie Juden und Moslems treffen sollten; denn er ist überzeugt, daß eine solche persönliche Begegnung von Angehörigen der drei monotheistischen Religionen in dem Lande ein gegenseitiger Gewinn sein würde und eine solche Konfrontation eine der Hauptbedingungen für einen dauerhaften Frieden im Mittleren Osten.

Hieronymus

6 Gerechtigkeit und Friede in Nahost

Von Pfarrer Martin Stöhr, Leiter der Evang. Akademie Arnoldshain/Taunus

Im Anschluß an die im FR XX, 73/76, S. 58 ff., veröffentlichte Stellungnahme von Pfarrer Martin Stöhr zu der Beirut Erklärung vom Mai 1968 bringen wir auch den folgenden Tagungsbericht „Gerechtigkeit und Frieden für Nahost“. (Vgl. „Israel und neue Linke“ o. S. 44 ff.)

Vom 3. bis 5. Oktober 1969 veranstaltete die Evangelische Akademie Arnoldshain gemeinsam mit der Evangelischen Studentengemeinde eine Studientagung, die die mit der Beirut Konferenz (vgl. FR XX/1968 S. 60 ff.) begonnene Auseinandersetzung fortführte – diesmal mit Israelis und Juden aus Deutschland, dazu Araber (Christen und Moslems), Deutsche, Holländer und Schweizer. Dr. Peter Müller vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin, früherer Mitarbeiter der ESG und der DIS, eröffnete mit dem Hinweis, Israel nicht kritiklos zu begegnen, entfaltete dann die Unvereinbarkeit der Interessen, der historischen Erfahrungen und Prinzipien bei Arabern und Israelis. Diese kontroversen Positionen beherrschten die Thematik der Konferenz: Israels Erfahrung der totalen Existenzbedrohung und die arabische Erfahrung einer jahrhundertelangen Fremdherrschaft. Araber empfinden Israel selbst, nicht nur sein Wachstum, als bedrohlich. Gerechtigkeit im Nahen Osten erscheint als Bedrohung Israels, Frieden als Ratifizierung des Unrechts durch die Araber. Lassen sich diese Gegensätze politisch, d. h. auch durch Kompromisse, vereinen? Dr. Kharam

Khella, ägyptischer Studentenpfarrer in Stuttgart, koptischer Christ, bestritt die Darstellung des Zionismus als einer nationalen Emanzipationsbewegung, versicherte ein faires Eintreten für jüdische Minderheiten, betonte die Nichtidentität von Israel (ein theokratischer Staat) und Judentum¹. Die angestrebte Auflösung Israels sei nicht mit der Vernichtung Israels gleichzusetzen. Die revolutionären Widerstandsbewegungen der Palästinenser unterschieden sich an diesem Punkte erheblich von den korrupten Regierungen der arabischen Staaten. Khella ordnete dann den Konflikt in den internationalen Klassenkampf ein: In der arabischen Welt und in Israel zeige sich vor allem der Antagonismus der Satten und Herrschenden auf der einen Seite und der Ausgebeuteten und Hungernenden auf der anderen Seite. Kronzeugen eines nicht rassistischen, sondern sich klassenkämpferisch verstehenden Antizionismus waren für Khella antizionistische Juden. Dany Dinr, Initiator des neuen und verdienstvollen Verlages der borodchov press Frankfurt/M., vom Bund jüdischer Studenten in Deutschland, stellte dann mit Präzision die Geschichte des Zionismus als einer nationalen und sozialen Emanzipationsbewegung dar, widersprach dem Vorwurf eines israelischen Imperialismus, dessen Voraussetzung doch eine ökonomische Macht Israels über seine arabischen Nachbarn sein müsse. Die Vertreter der ganz linken israelischen Matzpen-Gruppe unterstützten die arabische Perspektive einer revolutionären Befreiung der arabischen und israelischen ausgebeuteten oder diskriminierten Massen. Die Frage, ob angesichts dieses großen Zieles nicht die Frage der Anerkennung des Staates Israel als peripher rasch zu lösen sei, wurde nicht genau beantwortet. Das Fernziel einer gerechteren Welt, die Herrschaftsverhältnisse und Friedensbedrohung durch wirtschaftliche Macht nicht kennt, wurde von allen anerkannt. Was ungenau und in der Ferne zu sehen ist, ermöglicht Übereinstimmung. Die wesentlichen Nahziele zu formulieren, die Methoden kritisch zu reflektieren, die zu den angestrebten Zielen führen sollen, die Rolle der Großmächte und ihrer Interessen richtig einzuschätzen – das alles blieb eine ungelöste Aufgabe. Hemmend wirkten sich für das doch immerhin zustande gekommene Gespräch zwei psychologische Faktoren aus: das Gefühl permanenter Bedrohung Israels in einer (nur erweiterten) Ghettosituation und die Angst der Araber, nie der Fremdbestimmung durch die technisch und wirtschaftlich überlegene westliche Welt entgegen zu können.

Es ist vielleicht sinnvoll, die zum Schluß der Tagung gemeinsam formulierten Fragen zum weiteren Nachdenken hier abzdrukken. Drei Tage sprachen immerhin unter einem Dach, drittelparitätisch vertreten, Gruppen miteinander, zwischen denen fast jede Kommunikation abgerissen ist. Die ausgetauschten Informationen und die persönliche Konfrontation hatten es in ihrer aufklärenden Wirkung schwer gegen Emotionen und Schlagworte, aber sie schufen Verunsicherungen stabiler Klischees und Vorurteile und nannten gemeinsame Aufgaben beim Namen. Die Antworten bleiben noch zu suchen.

1. Das Konzept des revolutionär-emanzipatorischen Volkskrieges ist im Sinne des Aufstandes einer Bevölkerung gegen eine im Lande herrschende fremde Herrschaftsmacht oder eine von ihr abhängige Komparadorenschicht entwickelt worden. Läßt sich dies Konzept auf den israelisch-arabischen Konflikt überhaupt übertragen? Und inwieweit ist in diesem Zusammenhang die Unterschei-

¹ Vgl. o. S. 44; s. u. S. 75.

- dung zwischen zu bekämpfender Herrschaft und nicht-kombattanter Bevölkerung möglich und notwendig?
2. Welche Funktion haben militärische Schläge und Vergeltungsschläge im Hinblick auf die in den verschiedenen langfristigen Konzepten formulierten Ziele?
3. Welche Verlustrisiken menschlicher, materieller und psychologischer Art werden dabei auf der eigenen oder der gegnerischen Seite einkalkuliert oder in Kauf genommen?
4. Welche – positive oder negative – Bedeutung wird der von Israel betriebenen wirtschaftlichen Entwicklung der besetzten Gebiete in den verschiedenen Zielkonzeptionen beigemessen?
5. Was geschieht kurzfristig und vor der Verwirklichung längerfristiger Zielkonzeptionen mit den palästinensischen Flüchtlingen?
6. Sind Verhandlungen, Informationsaustausch oder Kontakte – und sei es auch auf der Ebene der oppositionellen Gruppen beider Seiten – direkt oder indirekt sinnvoll, und auf welcher Ebene, mit welchen Zielen sollten sie aufgenommen werden?

7 Resolution der „World Union of Jewish Students“: „Identität und Selbstverständnis“, Basel, November 1969

Unter der Überschrift „*Identität und Selbstverständnis*“ bringt die „Allgemeine unabhängige jüdische Wochenzeitung“ (XXIV/34), Düsseldorf, 21. 11. 1969, einen Bericht, dem wir den folgenden Auszug entnehmen:

Ein kämpferisch-provokatives Bekenntnis haben jüdische und israelische Studenten in den deutschsprachigen Ländern Europas (Bundesrepublik, Österreich, Schweiz) abgelegt. Die 100 Studenten, die sich, von der World Union of Jewish Students eingeladen, in Basel zu einem ersten ideologischen Seminar nach dem Zweiten Weltkrieg trafen, verstehen sich als ein Faktor zur Politisierung an drei Fronten: gegenüber der arabischen Propaganda und manchen Kreisen in der Neuen Linken, die die jüdisch-nationale und die israelische Existenz verneinen, gegenüber dem jüdischen Establishment in der Diaspora, das mit einem Identitätsproblem zu kämpfen hat, und gegenüber dem Pragmatismus, der Entideologisierung und manchen nationalistischen Tendenzen in Teilen der israelischen Öffentlichkeit.

Die Resolution, die am Ende des Seminars mit einer Stimmenmehrheit zustande kam, hat folgenden Wortlaut:

„Die jüdische Identität ist eine sich in der Geschichte wandelnde Form des jüdischen Selbstverständnisses. Demnach besteht ein innerjüdischer Pluralismus, der es zuläßt, jüdische Identität verschiedenartig zu artikulieren. Dennoch ist heute jüdische Identität ohne einen starken Bezug auf den Zionismus nicht denkbar. Wir betrachten den Zionismus als die Emanzipations- und Befreiungsbewegung des jüdischen Volkes, wobei die Gründung des Staates Israel den wesentlichen Schritt hin zur Lösung des jüdischen Problems darstellt. Der Zionismus muß sich heute auf zwei Ebenen verstehen: einerseits die soziale und psychologische Befreiung des Juden in der Diaspora, andererseits eine gerechte Lösung des Nahostkonflikts, der die legitimen Rechte der israelischen Nation wie auch der arabisch-palästinensischen Nation um-

fassen muß. Der Auftritt des jüdischen Volkes als Geschichtssubjekt, bewirkt durch die Existenz des Staates Israel, zwingt den Juden in der Diaspora zum politischen Engagement und damit zu einem veränderten jüdischen Selbstverständnis.“¹

¹ Die „Allgemeine“ schreibt dazu ferner: Das sich wandelnde jüdische Selbstverständnis und seine verschiedenen Artikulationsmöglichkeiten sowie die neuen Aufgaben des Zionismus waren auch die Hauptthemen dieses übernationalen Treffens, dessen Resultat in Israel, in studentisch-arabischen Kreisen und der deutschsprachigen jüdischen Diaspora gewiß sowohl auf Zustimmung als auch auf Verwirrung und Ablehnung stoßen dürfte.

Das jüdische Identitätsproblem war Thema eines Referates von Professor Rendtorff von der theologischen Fakultät der Universität Heidelberg, der nachwies, daß Religion und Geschichte der Juden faktisch identisch sind. An der gemeinsamen Sprache, Geschichte, Kultur, Vergangenheit und der seit 1948 bestehenden Möglichkeit des Rückzugs müsse sich der Identitätssuchende orientieren. Innerhalb dieser Kriterien gäbe es vielfältige Möglichkeiten, einen jüdischen „way of life“ zu finden. Ein innerjüdischer Pluralismus erschien Professor Rendtorff als der zweckmäßigste Weg zur Lösung des Identitätsproblems. Religiöse Juden müßten das ausschließlich nationale Selbstverständnis respektieren, nichtreligiöse Juden müßten anerkennen, daß sie als Juden nicht mehr existierten, wenn die Religion nicht ihre Position verteidigt hätte...

Zumindest die jüdischen Studenten aus Deutschland und Österreich waren sich darin einig, das Identitätsproblem auf die Dauer nur auf eine Art lösen zu können: durch die Auswanderung nach Israel. Sie fühlen sich belastet durch die Rückkehr ihrer Eltern in Länder, die sie auf Grund der unmenschlichen Vergangenheit nicht als ihre Heimat betrachten können. Obwohl sie sich kulturell diesen Ländern verbunden fühlen und ein gewisses Assimilationserbe ihrer Eltern überwinden müssen, glauben sie, daß Israel allein die Lösung ihres „neurotischen Problems“ bringen könne, das für die meisten das Problem der Isolierung innerhalb einer kleinen Gruppe oder innerhalb einer Gesellschaftsschicht bedeutet...

8 Parlamentswahlen in Israel 1969 zur VII. Knesset

Am 28. Oktober 1969 hat in Israel die Wahl seines siebenten Parlaments (der Knesset) stattgefunden. Das erste Parlament war am 25. 1. 1949, acht Monate nach der Staatsgründung gewählt worden. Wir entnehmen die Ergebnisse der Wahlen dem Israel-Bulletin¹ sowie eine Übersicht der bisherigen Knesset-Wahlen und bringen aus dem „Aufbau“ einen Kommentar der Wahl zur VII. Knesset.

Die Arbeitspartei, eine Listenverbindung zwischen den früheren Parteien Mapai, Achdut Avoda, Rafi mit Mapam, erhielt 632 035 Stimmen, das sind 46,22 Prozent aller gültigen Wählerstimmen und 56 der 120 Knesset-Mandate, Gahal, eine Verbindung von Cherut und Liberalen, 296 294 Stimmen (21,67 Prozent, 26 Mandate), Nationalreligiöse Partei 133 238 (9,74 Prozent, 12), die Minderheitenlisten (Araber und Drusen), die mit der Arbeitspartei liiert sind, 47 989 (3,51 Prozent, 4), Agudat Israel 44 002 (3,22 Prozent, 4), Unabhängige Liberale 43 933 (3,21 Prozent, 4), Staatsliste (*Ben Gurion*) 42 654 (3,11 Prozent, 4), Neue Kommunistische Partei 38 827 (2,84 Prozent, 3), Poalej Agudat Israel 24 968 (1,83 Prozent, 2), Haolam Hase (*Avneri*) 16 853 (1,23 Prozent, 2), Freies Zentrum 16 393 (1,2 Prozent, 2), Komm. Partei Israels 15 712 (1,15 Prozent, 1). Auf drei weitere Listen, die nicht die Minimalgrenze von einem Prozent erreichten, entfielen 14 845 Stimmen und kein Mandat.

¹ (4/25). November 1969.
(alle Anmerkungen S. 75–80 d. Red. d. FR.)